

im Rat der Stadt Essen

Gemeinsame Pressemitteilung

An die lokalen Medien

Essen, den 01. Oktober 2007

Pressemitteilung

Kommunalisierung der Umweltämter steht nach Auffassung von CDU und GRÜNEN unter Vorbehalt

Nach den Plänen der Landesregierung sollen die Umweltämter kommunalisiert werden, was nach Meinung der Ratsfraktionen von CDU und GRÜNEN nicht nur Chancen, sondern auch Risiken in sich birgt. Einerseits ist es zu begrüßen, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und Verwaltungskosten auf Bezirksregierungsebene reduziert werden können, andererseits darf allerdings die Übertragung der Aufgaben nicht zu Lasten des Essener Haushalts gehen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass 95 Betriebsanlagen, die nach Bundesimmissionschutzgesetz genehmigt wurden, in die Überwachung der Stadt Essen überführt werden. Zusätzlich müssen noch Aufgaben der Abfallwirtschaft wie Entsorgungsnachweise, Transportgenehmigungen, Ordnungswidrigkeiten und Überwachungen abgearbeitet werden. Dazu kommen neue Aufgaben der Unteren Wasserbehörde und der Lebensmittelkontrolle. Zur Wahrnehmung dieser neuen Anforderungen müssten allerdings zahlreiche Planstellen übernommen und neu besetzt werden, die allerdings durch das Land nicht mehr finanziert werden.

Dazu stellt Ratsherr Bernd Flügel, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Essen, fest: „Die kommunale Selbstverwaltung wird nicht gestärkt. Die Möglichkeiten der Städte, Investitionen durch kurze Genehmigungsverfahren und Setzung von Prioritäten zu unterstützen, werden eingeschränkt. Dagegen werden überwiegend Anlagen mit einem großen Überwachungsbedarf und Beschwerdeaufkommen (Schrottplätze, Containerdienste u.ä.) an die Stadt Essen übertragen, wobei hierdurch Bürokratie verlagert, aber nicht abgebaut wird, ohne dass es entsprechende Ausgleichszahlungen gibt. Dies ist aus unserer Sicht völlig unzureichend und angesichts unserer Haushaltssituation nicht akzeptabel.“

Auch die GRÜNE Fraktionssprecherin Hiltrud Schmutzler-Jäger stellt klar, „Einer differenzierten Zustimmung zur Kommunalisierung der Umweltämter stehen wir nicht im Wege, allerdings darf die Umstrukturierung nicht auf Kosten der Umweltbelange, des städtischen Haushalts und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Essen gehen. Zudem muss eine kurzfristige Evaluierung der Maßnahmen stattfinden, um Nachjustierungen zu ermöglichen.“

i.A.: Bärbel Ulbrich